

FEMINA POLITICA

ZEITSCHRIFT FÜR FEMINISTISCHE POLITIKWISSENSCHAFT

Call for Papers

Vol 24, Nr. 2 2015

Geschlechterverhältnisse in Osteuropa: Das Dilemma der Ungleichzeitigkeit (Arbeitstitel)

Zu Beginn der Transformation in Osteuropa vor mehr als zwei Jahrzehnten war in der Forschung vom „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Claus Offe) die Rede: Die Herausforderung bestand in der Bildung neuer Nationalstaaten parallel zur Verschiebung der Staatsterritorien, der Etablierung einer stabilen Demokratie und dem Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft. In dieser Gleichzeitigkeit der Transformation von Nation, Staat und Markt wurde die Gefahr gesehen, dass sich die Prozesse gegenseitig blockieren und der historisch beispiellose Systemwechsel scheitern würde.

25 Jahre später lässt sich mit Blick auf die Geschlechterverhältnisse nun ein „Dilemma der Ungleichzeitigkeit“ feststellen. In Bezug auf die Geschlechterverhältnisse war die Demokratisierung nicht gleichbedeutend mit Geschlechterdemokratie, der Übergang zur „freien“ Marktwirtschaft kein Äquivalent zur ökonomischen Gleichstellung der Geschlechter, und die Verschiebung der Staatsterritorien hatte Konflikte zur Folge, die nicht selten auf dem Gebiet der Geschlechterpolitik ausgetragen wurden. Aus dieser Perspektive stehen die Geschlechterverhältnisse im Kern der Umbrüche, und für sie hatte die Transformation ausgesprochen janusköpfige und kontrovers beurteilte Folgen. Als Stichworte seien hier auf nationalstaatlicher Ebene die Verdrängung von Frauen aus der öffentlichen Politik, die Feminisierung der Zivilgesellschaft oder der Umbau der Wohlfahrtsregime und die Reprivatisierung der Sozialpolitik genannt: während neo-traditionale Weiblichkeitsrollen propagiert werden, macht der sozialpolitische Rückzug des Staates ein Leben im männlichen Ernährermodell nur für wenige möglich. Die Demokratisierung der Geschlechterverhältnisse ist – wie überall – nicht eingelöst, stattdessen sind Umverteilungsprozesse von Arbeit, Zeit und Geld,

Femina Politica

Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft
Verlag Barbara Budrich
redaktion@femina-politica.de

www.femina-politica.de
<https://www.facebook.com/FeminaPolitica>
<http://www.budrich-journals.de/index.php/feminapolitica>

Retraditionalisierungen und Stereotypisierungen sowie intersektionale soziale Exklusion zu konstatieren.

Über den jeweiligen innerstaatlichen Befund hinausgehend sind auch *zwischen* den Staaten Mittel- und Osteuropas geschlechterpolitische Unterschiede zu konstatieren, nicht zuletzt entlang der neuen materiellen und diskursiven Grenzen, die sich im Zuge der EU-Osterweiterung etabliert haben. In der EU kann rund zehn Jahre nach der Osterweiterung von der Herausbildung eines supranationalen europäischen Geschlechterregimes gesprochen werden, das sich im *Gender-acquis communautaire* manifestiert. Dessen ungeachtet bestehen weiterhin große Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsstaaten. Insgesamt hat sich der gleichstellungspolitische Prozess verlangsamt, auf nationalstaatlicher Ebene werden die Gleichstellungs-Direktiven oftmals nur zögerlich umgesetzt.

Wenn es hingegen um die Abgrenzung gegenüber Staaten wie Russland geht, rückt die Gleichstellung der Geschlechter gleichsam in den Mittelpunkt des europäischen Selbstverständnisses.

Die genderpolitisch bewegte Zivilgesellschaft scheint hingegen eher in der Lage, den neuen Grenzziehungen zu widerstehen. Die west-östliche feministische – vermeintliche – Einbahnstraße der 1990er-Jahre ist nicht zuletzt durch die neuen Medien einem wechselseitigen Austausch gewichen. Gegenwärtig stammen die international provokantesten bewegungspolitischen Impulse aus Osteuropa, namentlich aus der Ukraine und Russland (Femen und Pussy Riot).

Das „Dilemma der Ungleichzeitigkeit“ in Osteuropas Geschlechterverhältnissen steht im Mittelpunkt des geplanten Schwerpunkthefts. Vor dem Hintergrund der beständigen Konstruktion und Bedeutungsverschiebung von „Europa“, „EU-ropa“ und „Osteuropa“ interessiert uns die Frage, welche komplexen Wechselwirkungen die drei Transformationen von Staat/Nation, Demokratie und Wirtschaft auf die Geschlechterverhältnisse haben: Wie beeinflussen Staatsbildung oder -zerfall, Demokratieaufbau oder Hybridisierung von Regimes, ökonomische Krisen, Privatisierung bzw. Neoliberalisierung die Geschlechterverhältnisse? Und umgekehrt: Welche Rolle spielen Geschlechterverhältnisse und Geschlechterkonstruktionen in diesen Prozessen?

Wir freuen uns insbesondere über Vorschläge für das Heft „Das Dilemma der Ungleichzeitigkeit“, die sich anhand von drei Schwerpunkten mit den folgenden Interdependenzen beschäftigen:

- Die Konstruktion „(Ost-)Europas“ ist nicht abgeschlossen; vor diesem Hintergrund wäre eine Fortführung der entsprechenden feministischen Staatsanalysen aus den Jahren direkt nach den osteuropäischen Systemwechseln wünschenswert. Auf diskursiver Ebene zeigt sich einmal mehr das Zusammenspiel zwischen Geschlecht und Nation. Zu welchen Erkenntnissen gelangt die feministische Staatstheorie angesichts der Staatsentwicklungen in Osteuropa? Wie sind Nation und Geschlecht miteinander verwoben? Wie ist Geschlecht in Nation eingeschrieben?
- Zudem ist eine Analyse der Interdependenzen von Wirtschaft und Geschlecht nötig. Wie zeigen sich diese beispielsweise im „Geschlecht der Oligarchen“ oder im „Geschlecht der Armut“? Haben Frauenbewegungen im Zuge der Krise den häufig kritisierten liberalen Bias und die Vernachlässigung wirtschaftlicher Fragen hinter sich gelassen? Gibt es feministische Neoliberalismuskritik?
- Die EU und ihr spezifisches supranationales Geschlechterregime bilden einen Referenzpunkt für Politik und Zivilgesellschaft Osteuropas – unabhängig davon, ob

der jeweilige Staat Mitglied ist oder nicht. Welche Wirkungen zeigt die EU- (Geschlechter-)Politik auf die Region Osteuropas? Was hat die Geschlechterpolitik der EU bisher bewirkt und wie ist ihr aktueller Stillstand zu erklären? Wie beeinflussen Entwicklungen in Osteuropa die Geschlechterpolitik der EU?

- Inwiefern ist es gelungen oder gelingt es, die Politik in der Region geschlechterdemokratisch zu gestalten? Wie werden Geschlecht und Demokratie aufeinander bezogen im Hinblick auf Beteiligung und (substantielle wie deskriptive) Repräsentation? Welche zivilgesellschaftlichen Herausforderungen birgt der wechselhafte Frühling der Demokratiebewegungen in Osteuropas hybriden und autoritären Regimen, gerade aus einer Genderperspektive? Wie organisieren sich Frauen in diesen Bewegungen? Welche Rolle spielen Männlichkeits- und Weiblichkeitskonstruktionen in diesem Zusammenhang?

Der Schwerpunkt wird inhaltlich von Gesine Fuchs und Eva Maria Hinterhuber betreut. Wir bitten um ein- bis zweiseitige Abstracts (per E-Mail) bis zum **30. November 2014** an post@gesine-fuchs.net oder an eva-maria.hinterhuber@hochschule-rhein-waal.de oder an redaktion@femina-politica.de. Die Femina Politica versteht sich als feministische Fachzeitschrift und fördert wissenschaftliche Arbeiten von Frauen in und außerhalb der Hochschule. Deshalb werden inhaltlich qualifizierte Abstracts von Frauen bevorzugt.

Abgabetermin der Beiträge

Die Schwerpunktverantwortlichen laden auf der Basis der eingereichten Abstracts bis zum **15. Dezember 2014** zur Einreichung von Beiträgen ein. Der Abgabetermin für die fertigen, anonymisierten Beiträge im Umfang von 35.000 bis max. 40.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen, Fußnoten und Literatur) ist der **15. März 2015**. Die Angaben zu den Autor_innen dürfen ausschließlich auf dem Titelblatt erfolgen. Alle Manuskripte unterliegen einem Double Blind Peer Review-Verfahren. Pro Beitrag gibt es ein externes Gutachten (Double Blind) und ein internes Gutachten durch ein Redaktionsmitglied. Gegebenenfalls kann ein drittes Gutachten eingeholt werden. Die Rückmeldung der Gutachten erfolgt bis spätestens **15. Mai 2015**. Die endgültige Entscheidung über die Veröffentlichung des Beitrags wird durch die Redaktion auf Basis der Gutachten getroffen.

Offene Rubrik „Forum“

Neben dem Schwerpunktthema bietet die Rubrik „Forum“ die Gelegenheit zur Publikation von Originalmanuskripten aus dem Bereich geschlechtersensibler Politikwissenschaft (Beiträge im Umfang von max. 20.000 Zeichen), die zentrale Forschungsergebnisse zugänglich machen oder wissenschaftliche Kontroversen anstoßen. Vorschläge in Form von ein- bis zweiseitigen Abstracts erbitten wir an die Redaktionsadresse redaktion@femina-politica.de bis zum **31. März 2015**. Die endgültige Entscheidung wird auf der Basis des Gesamttextes getroffen.